

Die Soziale Solidarische Ökonomie in der Wirtschafts- und Finanzkrise

Der Satz, dass Geld die Welt regiert, war selten so aktuell wie heute, in einer Zeit, in der ein Handvoll von Ratingagenturen im Auftrag von Banken und anderen Geldbesitzern über Sein oder Nichtsein von Staaten und ihren Regierungen entscheidet. Die Souveränität der Nationalstaaten, über ihre wirtschaftliche Zukunft selbst zu entscheiden, scheint ernsthaft gefährdet. Und unseren Politikern fällt nichts Besseres ein, als dass wir ‚das Vertrauen der Märkte‘ zurückgewinnen müssten. Apropos, wer ist hier eigentlich ‚wir‘ und wer sind diese ominösen ‚Märkte‘?

Gemeint ist offenbar weder der Wochenmarkt noch der Weltmarkt für allerlei Güter und Dienstleistungen – und schon gar nicht der Arbeitsmarkt, obwohl es eine reizvolle Aufgabe wäre zu untersuchen, wer hier wessen Vertrauen verspielt hat. Die Rede ist nur noch von den alles dominierenden Finanzmärkten, die quasi über Nacht zu handelnden Subjekten mutiert sind, die eine Meinung haben, Forderungen und Wünsche äußern, Vertrauen gewähren und entziehen, als ob es sich um eine neue Weltregierung handeln würde.

Mit Demokratie hat das alles nichts mehr zu tun und selbst Adam Smith, auf den sich alle Verfechter der ‚Markt‘-Wirtschaft berufen, wäre höchst erstaunt zu erfahren, dass sein angeblich unbestechlicher und emotionsloser Marktmechanismus plötzlich Vertrauen oder Misstrauen zu verteilen hat. Hatte Mr. Smith da etwas falsch verstanden oder handelt es sich bei der Kreditwirtschaft gar nicht (mehr) um einen ‚Markt‘, sondern eher um das Diktat eines neuen (inzwischen global agierenden) Geldadels und seiner Hofschranzen? Vom ‚idealen‘ Markt des Adam Smith, auf dem gleichberechtigte Partner zu einem Interessenausgleich finden, kann jedenfalls keine Rede sein.

Neuerdings denken schon konservative Kommentatoren wieder darüber nach, ob Karl Marx vielleicht doch Recht gehabt haben könnte, insbesondere hinsichtlich seiner Krisenszenarien. Was uns hierzulande als ‚Schuldenkrise‘ verkauft wird, würde er wohl als eine kapitale Verwertungskrise bezeichnen. Es fehlt ja nicht an privatem Kapital, es gibt im Gegenteil eher zuviel davon, auf der verzweifelten Jagd nach immer neuen Anlagemöglichkeiten, von ‚faulen‘ Immobiliengeschäften bis zu zweifelhaften Großprojekten oder Staatsanleihen. Die Rückzahlung der Darlehen wäre an sich noch nicht das größte Problem, wenn deren Tilgung nicht durch teilweise horrenden Zinsen in die Länge gezogen würde – und zwar je ärmer oder bedürftiger der Schuldner, umso länger die Tilgung (siehe die Bewertungen der Ratingagenturen). Wir kennen das schon aus der sog. ‚Verschuldung‘ der Dritten Welt, die ihre Darlehen mit Zins und Tilgung nominell bereits mehrfach zurückgezahlt hatte und doch nicht aus der ‚Schuldenfalle‘ herauskam. Das Spiel wiederholt sich in Süd- und Osteuropa – und nicht zuletzt auch in vielen deutschen Städten und Gemeinden, weshalb die gegenwärtige nationale Überheblichkeit gegenüber Griechenland oder anderen betroffenen Staaten gänzlich unangebracht ist.

Der Hochmut wird nur noch übertroffen von der herablassenden Art der angeblichen Finanzhilfen, deren rigorose Sparauflagen nicht nur die Falschen treffen, sondern – was seit den ‚structural adjustment policies‘ von IWF und Weltbank ebenfalls bekannt ist – auch ökonomisch kontraproduktiv sind, indem sie das wirtschaftliche Handeln eher abwürgen als anregen. Dabei handeln die Verantwortlichen auf eigenartige Weise geschichtslos, als ob es vorher noch keine Wirtschaftskrisen gegeben hätte. Inzwischen ist nicht nur Marx, sondern auch Keynes in Vergessenheit geraten.

Was hat das Alles mit der Sozialen Solidarischen Ökonomie zu tun?

Dabei geht es nicht nur um die Rahmenbedingungen, die selbstverständlich auch die alternativen Ökonomien betreffen, obwohl es den Anschein hat, dass z.B. die Genossenschaftsbanken sich trotz aller Kommerzialisierung in der jüngsten Finanzkrise stabiler als andere Geldinstitute erwiesen haben.

Wir sollten nicht in die gleiche geschichtslose Haltung verfallen, sondern daran erinnern, dass die vorherrschende wirtschaftliche Entwicklung seit mehr als 150 Jahren von permanenten Krisen begleitet ist und dass die Betroffenen zu allen Zeiten

gezwungen waren, Wege der ökonomischen Selbsthilfe zu finden. Die alternativen Ökonomien haben insofern eine mehr als 150-jährige Geschichte und die Akteure der Sozialen Solidarischen Ökonomie heute täten gut daran, deren Erfolge und Misserfolge sorgfältig zu studieren.

Gegenwärtig habe ich allerdings den Eindruck, dass das Rad immer wieder neu erfunden werden soll.

Auch auf der Ebene der Europäischen Union, die vor kurzem eine neue ‚Social Business Initiative‘ gestartet hat, herrscht ein reichlich kurzes Gedächtnis: Da wird uns die Idee der ‚social businesses‘ des ehrenwerten Mr. Yunus, dessen (nicht unumstrittene) Mikrokreditinitiative ebenfalls schon mehr als 20 Jahre alt ist, als neue ‚soziale Innovation‘ verkauft. Davor hatten bereits Ashoka und andere das ‚social entrepreneurship‘ als brandneue Innovation angepriesen, als ob es zuvor weder Praxis noch Diskussion um ‚Soziale Unternehmen‘, ‚Sozial- und/oder Gemeinwesenökonomie‘ u.ä. gegeben hätte.

Zur Erinnerung: Der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors hatte bereits Anfang der 90er Jahre eine Generaldirektion ‚Soziale Ökonomie‘ und auf zentraler Ebene eine ‚Forward Studies Unit‘ eingerichtet sowie eine Reihe bedeutender Förderprogramme auf den Weg gebracht. Mit deren Hilfe ist zumindest auf europäischer Ebene eine breite und lebendige Forschungs- und Projektlandschaft entstanden, die nicht unwesentlich zur Entwicklung neuer ‚sozialer‘ und ‚solidarischer‘ Unternehmensformen beigetragen hat, vor allem in Ländern, in denen entsprechende Begriffe und Konzepte bisher unbekannt waren, wie z.B. in Deutschland.

Der Begriff der ‚Sozialen Ökonomie‘ wurde dabei nicht zufällig aus dem Französischen übernommen, da die ‚economie sociale‘ bislang allein in Frankreich (etwa seit Beginn des 20. Jahrhunderts) eine

legale Grundlage hatte. Sie umfasste die Rechtsformen der ‚cooperatives‘ (Genossenschaften), der ‚mutualités‘ (Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit), der ‚associations‘ (Vereinigungen) und später der ‚fondations‘ (Stiftungen). Die Übertragung dieser (französischen) Rechtsbegriffe auf die übrigen Mitgliedsländer bzw. die gesamte Union war von Beginn an ungeeignet, da unter diesen Begriffen in

nahezu allen Ländern etwas Anderes verstanden wird. Bislang gibt es allein für den Bereich der Genossenschaften ein europäisches Rechtsinstitut.

Daneben sind (u. auch in Frankreich) vergleichbare Unternehmensformen auf der Grundlage anderer privatwirtschaftlicher Rechtsformen (wie GmbHs, limited companies etc.) entstanden. Forscher wie Praktiker standen deshalb – auch von Anfang an - vor dem Problem, andere geeignete Formen der Abgrenzung des Sektors zu finden. Was herauskam war leider eine babylonisches Sprachverwirrung:

Den traditionellen Milieus nahestehenden Gruppierungen firmieren nach wie vor als Genossenschaften, gemeinnützige Organisationen, charitable social welfare organisations, Stiftungen etc. Initiativen aus den Neuen Sozialen Bewegungen nannten sich selbstverwaltete oder Alternativbetriebe, Integrationsunternehmen, Beschäftigungsgesellschaften, Selbsthilfegruppen, Gemeinwesenunternehmen etc. Deren frankophone Pendants bevorzugen nach lateinamerikanischem Vorbild die ‚economie solidaire‘, anglophone die ‚community economy‘ bzw. den ‚voluntary sector‘. Alle diese unterschiedlichen Ansätze haben zweifellos eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten, dennoch herrscht noch große Unsicherheit darüber, wie diese Gemeinsamkeiten zu benennen wären.

Trotz dieses Mangels an eindeutiger Begriffsbestimmung hat sich der Sektor in den vergangenen 20 Jahren kräftig entwickelt und beschäftigt in der Europäischen Union weit über 12 Millionen Menschen. Darüber hinaus existieren inzwischen ein breiter Fundus an wissenschaftlichen Untersuchungen, Veröffentlichungen und Praxisberichten sowie einige bedeutende Forschungszusammenschlüsse wie EMES (‚The Emergence of Social Enterprise‘), CIRIEC (Centre International de Recherche et d’Information de Economie Publique, Sociale et Cooperative), EURICSE (European Research Institute for Cooperatives and Social Enterprises) u.a. Obwohl viele dieser Arbeiten erst durch die Gemeinschaftsprogramme der EU ermöglicht wurden, sind deren Ergebnisse von der Kommission kaum wirklich evaluiert oder zur Kenntnis genommen worden, mit der Konsequenz, dass die entsprechenden Initiativen immer wieder von vorn beginnen und häufig an den zentralen Problemen des Sektors vorbeigehen:

So wird in der bereits erwähnten jüngsten ‚Initiative zur Förderung des Sozialen Unternehmertums‘ zwar zu Recht auf den chronischen Kapitalmangel sozialer Unternehmen hingewiesen, der tatsächliche Finanzbedarf aber weitgehend verkannt. Was nämlich die Soziale Solidarische Ökonomie grundsätzlich unterscheidet, ist ihr Verhältnis zum Geld! Es geht ihr nicht in erster Linie um dessen ungehemmte Vermehrung, oder vornehmer ausgedrückt: um die ‚Rendite des eingesetzten Kapitals‘ nach Art eines Herrn Ackermann, der erst eine Rendite von 25 % als wirtschaftlichen Erfolg betrachtet. Vorrang haben demgegenüber die sozialen, ökologischen oder kulturellen Zielsetzungen, um derentwillen Soziale Unternehmen gegründet werden. Sie sind bereits wirtschaftlich erfolgreich, wenn es gelingt, ihre Kosten (selbstverständlich einschl. angemessener Löhne) zu decken. Überschüsse bzw. Gewinne sind zwar erwünscht, aber weder Selbstzweck noch oberstes Erfolgskriterium, weshalb Soziale Unternehmen auch ohne ‚Wachstum‘ bestehen können.

Da Soziale Unternehmen also vorrangig nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten, sind vor allem ‚solidarische‘, d.h. mit geringen Kosten verbundene Finanzhilfen gefragt. Gebraucht werden vor allem Anschubfinanzierungen, Produkt- und Projektentwicklungskosten, infrastrukturelle Dienstleistungen, Rücklagen für Notfälle oder Liquiditätsengpässe. Die dafür erforderlichen Mittel sind aber auf den klassischen Finanzmärkten kaum zu finden, weshalb die Soziale Solidarische Ökonomie auf eigene Finanzinstitute angewiesen ist, wie Leihgemeinschaften, Kreditgenossenschaften, Sozialbanken, Zeit- und Ressourcentausch etc. Daneben stehen andere Entwicklungshemmnisse im Vordergrund, wie z.B. der Zugang zu öffentlichen Aufträgen, mangelnde öffentliche Anerkennung, Rechtsunsicherheit, insbesondere im Gemeinnützigkeits- und Steuerrecht etc.

Soziale Unternehmen besinnen sich dabei lediglich auf den ursprünglichen Zweck der Ökonomie, wie er (zumindest bis vor kurzem) noch in jedem Volkswirtschaftslehre-Grundkurs gelehrt wurde: Ökonomie ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Bedürfnisbefriedigung, oder allgemein ausgedrückt: ein möglichst effizientes System von Mitteln zur Produktion von (notwendigen oder anderweitig erwünschten) Gütern und Dienstleistungen. Geld fungiert in diesem System ursprünglich ebenfalls nur als ‚Tausch‘-Mittel, während dessen Verselbständigung als

oberster Wert angesichts von Spekulationsblasen und damit verbundener regelmäßiger Vernichtung von Überschüssen im Grunde sogar als ‚un-ökonomisch‘ bezeichnet werden muss.

Krisen könnten aber auch eine Chance für Veränderungen sein; so besteht in der chinesischen Sprache das Wort für Krise aus zwei Silben, von denen die erste Zusammenbruch, die zweite aber Neuanfang bedeutet. Obwohl es nicht danach aussieht, dass die gegenwärtige Krise tatsächlich als Chance für Veränderungen begriffen wird, ist dennoch eine verstärkte Aufmerksamkeit für alternativökonomische Ansätze zu beobachten. Das gilt auch für die Soziale Solidarische Ökonomie, die in anderen Ländern mit längerer Krisenerfahrung bzw. ausgeprägterem Krisenbewußtsein weitaus mehr beachtet wird – und nicht zuletzt für die Europäische Union, deren neue ‚Social Business Initiative‘ immerhin durch den Kommissionspräsidenten Barroso verkündet wurde. Schon seit längerer Zeit tauchte die Soziale Solidarische Ökonomie (leider unter immer wieder neuen Bezeichnungen) in den Gemeinschaftsprogrammen der EU als Hoffnungsträger auf im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung. Gelegentlich wurde ihr dabei sogar eine ‚Schlüsselrolle‘ zugewiesen, allerdings mehr verbal, die tatsächliche politische und finanzielle Unterstützung blieb eher bescheiden. Trotzdem ist es ein Fortschritt, zumindest gegenüber der Lage in Deutschland – wo sie immer noch mit ‚sozialer Marktwirtschaft‘ verwechselt wird -, dass die Soziale Solidarische Ökonomie überhaupt wieder auf der Agenda steht.

Andererseits birgt die erhöhte Aufmerksamkeit auch die Gefahr einer verstärkten politischen Vereinnahmung, aber das ist ein neues Thema, welches einem anderen Artikel vorbehalten bleiben sollte.

Max Weber, ein ebenfalls weitgehend vergessener Ökonom, war der Ansicht, dass soziale Phänomene aus ihrer Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte heraus verstanden werden sollten.

Allen hier subsumierten Ansätzen ist gemeinsam, dass sie ihre Entstehung wirtschaftlichen Krisenentwicklungen verdanken, Antworten gesucht und Handlungsalternativen in die Praxis umgesetzt haben. Wir könnten demnach zusammenfassend die Soziale Solidarische Ökonomie verstehen als eine

permanente Selbsthilfebewegung auf der Suche nach Wegen und Auswegen aus wirtschaftlichen Krisenentwicklungen. Sie ist so alt und so vielfältig wie ihre jeweiligen Anlässe und kulturell so verschieden wie ihr historisches oder regionales Umfeld. Es gibt also nicht eine, sondern viele alternative Ökonomien, die allerdings – da sie im Zeitalter der Globalisierung zunehmend von den gleichen Krisenerscheinungen betroffen sind – viele Gemeinsamkeiten aufweisen, weshalb wir uns austauschen und voneinander lernen sollten.